

SIEDLUNGSVERBAND RUHRKOHLENBEZIRK

Niederschrift

über die Sitzung der Verbandsversammlung des Siedlungsverbandes
Ruhrkohlenbezirk im Sitzungssaal des Dienstgebäudes in Essen,
Kronprinzenstraße 35,

am 1. Juli 1966 - 15 Uhr -

Zu der um 15 Uhr beginnenden Sitzung der Verbandsversammlung waren
erschienen:

I. als Mitglieder der Verbandsversammlung

1. Allekotte, Heinz, Gew.Sekr., Oberhausen
2. Assmann, Heinz, Gew.Sekr., Hamm
3. Bienk, Helmut, Bezirksleiter, Wattenscheid
4. Bonczek, Prof., Dr., Willi, Beig., Essen
5. Braun, Fritz, Gew.Sekr., Essen
6. Brock, August, Witten
7. Deubel, Otto, Ingenieur, Lünen
8. Diembeck, Dr., Landwirtschaftsrat, Gevelsberg i.W.
9. Eikholt, Friedrich, Ingenieur, Bochum
10. Emschermann, Franz, Verm.Fahrsteiger, Polsum
11. Feldhaus, G.-Adolf, Dipl.Landw., Volmarstein
12. Fiedler, Albert, Bürgermeister, Kettwig
13. Fischer, Wilfried, Kaufmann, Hamm
14. Fläschenträger, Dr., Helmut, Direktor, Homberg/Ndrrh.
15. Gardemann, Helmut, Gew.Sekr., Wesel
16. Gauert, Friedrich, Stadtbaurat, Herne
17. Glasner, Karl, Gelsenkirchen
18. Gottmann, Wilh., Gew.Sekr., Gelsenkirchen
19. Göckmann, Dr., Karl, Rechtsanwalt, Schwerte
20. Haniel, Klaus, Bergw.Dir., Oberhausen
21. Hansmann, Wilhelm, Assessor, Dortmund
22. Hillmann, Dr., Helmut, Stadtdirektor, Dortmund
23. Hübner, Wilh., Oberkreisdirektor, Moers
24. Hülsmann, Hans, Oberstadtdirektor, Gelsenkirchen
25. Jaekel, Gerhard, Architekt, Gladbeck
26. Katzor, Horst, Bürgermeister, Essen - zugleich als
Vorsitzender -
27. Keunecke, Dr., Helmut, Hauptgesch.Führer IHK, Dortmund
28. Klingen, K.Heinz, Gew.Sekr., Dinslaken
29. Koch, Paul, Arbeitsdirektor, Witten
30. Krampe, Dr., H.-Dieter, Dipl.Handelslehrer, Bottrop
31. Kurzius, Erwin, C.-Rauxel
32. Linneke, Richard, Direktor, Dortmund
33. Linz, Hans, Stadtbaurat, Bochum
34. Lux, Alfred, Wattenscheid
35. Maduschka, Ludwig, Kreisbaudirektor, Unna

36. Mösche, Friedrich, Ministerialrat a. D., Essen
37. Mutschinsky, Adolf, Gew.Sekr., Bochum
38. Netta, Heinrich, Bürgermeister, Oer-Erkenschwick
39. Niehoff, Wilh., Stadtdirektor, Mülheim
40. Nitsch, Albert, kfm. Angestellter, Essen
41. Pott, Fritz, Gew.Sekr., Bochum
42. Rewaldt, Dr., Karl-Heinz, Oberstadtdirektor, Essen
43. Ripkens, Gerhard, Chemotechniker, Kamp-Lintfort
44. Sandmann, Franz, Kaufmann, Gelsenkirchen
45. Schelberger, Herbert, Direktor, Essen
46. Schenten, Hans, Architekt, Hagen
47. Scheve, Fritz, Direktor, Essen
48. Schewzyk, Stefan, Gew.Sekr., Herne
49. Schmidt, Werner, Gew.Sekr., Hagen
50. Schumacher, Franz, Werkmeister, Duisburg-Wanheimerort
51. Seidel, Fritz, Bürgermeister, Rheinkamp
52. Siekmann, Werner, Gew.Sekr., Lünen
53. Sörries, Franz, Verm.Ing., Bürgermeister, Oberhausen
54. Spitznas, Dr., Heinz, Hauptgesch.Führer IHK, Essen
55. Sproedt, H.-Günther, Kreisdirektor, Recklinghausen
56. Steinhoff, Fritz, Angestellter, Hagen
57. Steinhörster, Willi, Stadtrat, Recklinghausen
58. Stephan, Dr.-Ing., C.Heinz, Bergw.Dir., Bottrop
59. Stricker, Hermann, Schermbeck
60. Tebbe, Walter, Dortmund-Berghofen
61. Trautmann, Dieter, Gew.Sekr., Witten
62. Urban, Peter, Bauassessor, Essen
63. Ziemer, Ernst, Prokurist, Duisburg

II. Von der Verwaltung

- | | |
|---------------------------|---------------------|
| 1. Prof. Dr. Halstenberg, | Verbandsdirektor |
| 2. Dr. Froriep, | 1. Beigeordneter |
| 3. Dr. Gadegast, | Beigeordneter |
| 4. Baldauf, | Ltd. Finanzdirektor |
| 5. Frischmann, | Oberamtman |
| 6. Folgmann, | Oberinspektor. |

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Mitglieder der Verbandsversammlung sowie Herrn Ltd. Regierungsbaudirektor Knaup und die Vertreter der Presse.

Nachdem sich die Anwesenden von den Plätzen erhoben hatten, gedachte der Vorsitzende der 7 Bergleute, die am Nachmittag des 29. Juni 1966 infolge einer Explosion in einem Schacht der Zeche 'Unser Fritz' in Wanne-Eickel ums Leben gekommen waren; er verlas den Text eines Beileidstelegramms, das er gemeinsam mit Herrn Verbandsdirektor Prof. Dr. Halstenberg im Namen der Verbandsversammlung der Vertretung und der Verwaltung der Stadt Wanne-Eickel übermittelt hatte.

Der Vorsitzende gedachte außerdem in ehrenden Worten des am 14. Mai 1966 verstorbenen technischen Beigeordneten Dr. Walter Hanstedt, der unter großer Beteiligung auch der Mitglieder der Organe des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk am 18. Mai zu Grabe getragen worden war.

Der Vorsitzende legte der Sitzung folgende Tagesordnung zugrunde, nachdem er auf die besondere Bedeutung der Sitzung wegen des anstehenden Beschlusses zur Aufstellung des Gebietsentwicklungsplanes, als des ersten verbindlichen Regionalplanes in der Bundesrepublik, hingewiesen hatte; Punkt V dieser Tagesordnung resultiert aus einem Antrag von Herrn Prof. Dr. Bonczek Essen, gestellt während der Beratung zum GEP:

I. Geschäftliche Angelegenheiten

- I) A) Zuwahl eines Ersatzmitgliedes für den ausgeschiedenen Gew.Sekr. Alois Pfeiffer
(Vorschlag des DGB - Landesbez. NW -: Gew.Sekr. Dieter Trautmann)

Der Vorsitzende stellte den für die Zuwahl anstehenden Gew.Sekr. Dieter Trautmann vor und hieß ihn herzlich willkommen.

Die kommunalen Mitglieder der Verbandsversammlung wählten ihn einstimmig gem. § 4 a VO zum Mitglied der Verbandsversammlung für das ausgeschiedene Mitglied Gew.Sekr. Alois Pfeiffer. Herr Trautmann nahm die Wahl an.

I) B) Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes des Verbands-
ausschusses für den ausgeschiedenen Gew.Sekr. Alois
Pfeiffer

Die Verbandsversammlung wählte das gem. § 4 VO zugewählte Mitglied der Verbandsversammlung Gew.Sekr. Dieter Trautmann einstimmig zum stellvertretenden Mitglied des Verbandsausschusses für das ausgeschiedene Mitglied Gew.Sekr. Alois Pfeiffer. Herr Trautmann nahm die Wahl an.

I) C) Sonstiges

Zu diesem Punkt der Tagesordnung lag nichts vor.

II) Personalangelegenheiten

Wahl eines technischen Beigeordneten

Der Vorsitzende gab bekannt, daß sich der Verbandsausschuß auf Vorschlag der Finanz- und Personalkommission einstimmig dafür entschieden habe, der Verbandsversammlung zu empfehlen, Herrn Ltd. Baudirektor Dr. Joachim Gadegast, Leiter der Abteilung Landesplanung des Verbandes, zum technischen Beigeordneten zu wählen.

Die Verbandsversammlung schloß sich dieser Empfehlung an und wählte Herrn Dr. Joachim Gadegast einstimmig zum technischen Beigeordneten.

Der Vorsitzende unterrichtete Herrn Dr. Gadegast von der einstimmigen Wahl und beglückwünschte ihn namens der Verbandsversammlung zu seiner Berufung.

III) Finanzangelegenheiten

III) A) Nachtragshaushaltssatzung nebst Nachtragshaushaltsplan
und Nachtragsstellenplan für das Rechnungsjahr 1966
- Drucksache Nr. 47 -

Nach Vortrag durch den Verbandsdirektor beschloß die
Verbandsversammlung nach Beratung im Verbandsausschuß
einstimmig eine Nachtragshaushaltssatzung nebst Nach-
tragshaushaltsplan und Nachtragsstellenplan für das
Rechnungsjahr 1966. Die Nachtragshaushaltssatzung hat
folgenden Wortlaut:

§ 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden Einnahmen und
Ausgaben im ordentlichen Teil

erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplanes gegenüber bisher	festgestellt auf nunmehr
700.000 DM	-	18.915.790 DM	19.615.790 DM

§ 2

Die §§ 2 und 3 der Haushaltssatzung vom 19. Januar
1966 bleiben unverändert.

III) B) Überplanmäßige Bereitstellungen der Rechnungsjahre 1965 und 1966

- Drucksache Nr. 48 -

Nach Vortrag durch den Finanzdezernenten erging einstimmig folgender Beschluß:

'Die Verbandsversammlung genehmigt gem. § 15 Abs. 3 der Verbandsordnung in Verbindung mit § 93 Abs. 1 Satz 2 der Gemeindeordnung NW die durch den Verbandsdirektor erteilten Zustimmungen zu den Leistungen der folgenden überplanmäßigen Bereitstellungen:

- 1) 16.000,-- DM bei der Pos. 000-3-651
'Sitzungsgelder und Fahrtauslagen an die Mitglieder der Verbandsversammlung und des Verbandsausschusses und sonstige Kosten' im Rechnungsjahr 1965,
- 2) 23.000,-- DM bei der Position 760-3-971
'Förderung der Wiederaufforstung und Waldschutzmaßnahmen' im Rechnungsjahr 1965,
- 3) 150.000,-- DM bei der Position 624-3-651
'Förderung der gemeindlichen und übergemeindlichen Planung' im Rechnungsjahr 1966 und
- 4) 100.000,-- DM bei der Position 761-3-973
'Landespflege außerhalb des Waldes' im Rechnungsjahr 1966.

Als Deckung dient zu

- 1) eine Mehreinnahme bei der Position 650-3-312 'Rückflüsse aus Darlehen für die Verlegung von Gleisanlagen'
- 2) eine Einsparung bei der Position 760-3-652 'Ausbauplanung und Gestaltung von Erholungsgebieten'
- 3) und 4) ein entsprechender Teil der feststehenden Mehreinnahme aus der Verbandsumlage.

IV) Landesplanungsangelegenheiten

Aufstellung des Gebietsentwicklungsplanes - Drucksache
Nr. 49 -

Dazu führte der Herr Vorsitzende zunächst aus:

Meine Herren!

Ich glaube, zu diesem Tagesordnungspunkt ist es notwendig, einige einführende Bemerkungen zu machen. Wir haben uns mit dem Gebietsentwicklungsplan in der Abschlußberatung des Verbandsausschusses mehrere Stunden beschäftigt und waren der einhelligen Meinung, daß es sich hier um eine bemerkenswerte Leistung des Siedlungsverbandes, der Gemeinden, der Landkreise und nicht zuletzt auch der Wirtschaft unseres Raumes handelt, auf die wir alle stolz sein dürfen.

Und ein zweites scheint mir wert genug, in den Raum gestellt zu werden: Es ist das erste Planwerk dieser Art, das eine Selbstverwaltung geschaffen hat. Mir ist nicht bekannt, daß es ähnliches oder gleiches in der Bundesrepublik bisher gegeben hat. Wir sollten uns auch bei dieser Erkenntnis fragen, ob die außerhalb des Reviers wohnenden Menschen nicht viel öfter zu uns kommen sollten, um hier mit unserer Lebensart konfrontiert zu werden. Es ist unser Ziel, mit dem Gebietsentwicklungsplan die gesunde Weiterentwicklung unseres Raumes zu sichern. Wir wollen der Meinung entgegentreten, die sich hier und dort gebildet hat, als handele es sich hier um einen sterbenden Raum. Man meint, derartige Betrachtungen wegen der rückläufigen Einwohnerzahlen in fast allen Großstädten des Ruhrgebietes anstellen zu können. Aber auch Düsseldorf hat fallende Einwohnerzahlen und liegt weit außerhalb des Reviers.

Wir sind keine sterbende Gemeinschaft. Im Gegenteil. Wir bensinnen uns auf uns selbst und hoffen dann, viel stärkere Unterstützung zu erhalten. Aber es kommt vor allen Dingen auf uns selber an, und deshalb nehmen wir unsere Aufgabe im Siedlungsverband so wichtig und unsere Entwicklung selbst in die Hand. Es ist eine nun 46 Jahre alt gewordene Aufgabe, die teilweise

- auf jeden Fall trifft das für die Vergangenheit zu - menschenunwürdige Industrielandschaft in einen Lebensraum umzuwandeln, der sogar den Charakter eines bevorzugten Gebietes hat. Ich meine hierbei die Ordnung des Lebens in seiner Gänze, in den drei Abschnitten des Arbeitens, des Ruhens und des Freizeiterlebens. Wir wollen sogar bevorzugt sein in dem Bild, wie es sich anderen und uns darstellt. Ich glaube, wir sind dazu auf dem besten Wege. Manchmal, wenn Fremde von weit her zu uns kommen, hat man den Eindruck daß sie eine Reise in die Voreingenommenheit unternehmen. Mir liegt es dann oftmals auf der Zunge, ihnen an manchen Einzelheiten darzustellen, mit welchen Vorzügen die Ruhrgebietsbevölkerung ausgestattet ist. Herr Professor Ronneberger versuchte auf dem ersten kommunalpolitischen Abend des Siedlungsverbandes die Frage zu testen, ob es ein Ruhrgebietsbewußtsein gibt. Hier in der Mischung aller Stämme der Deutschen und der Nachbarvölker hat sich ein ungemein lebenskräftiger und gesunder Volksstamm entwickelt, der auch rein optisch durch das Bild sehr schöner Frauen und Mädchen offenbar wird. Das sage ich den Fremden, die zu uns kommen, sehr gern. Es ist keine leere Behauptung, meine Herren. Machen Sie nur die Augen auf.

Nun aber zum Gebietsentwicklungsplan selbst. Es ist deswegen ein recht lange währendes Gespräch im Gange. Sie sehen aus den Daten (Juli 1964/Juli 1966) einen Zeitraum von zwei Jahren. Dieser Zeitraum ist besonders in der letzten Hälfte sehr intensiv genutzt worden. Es war ein alle Fragen erschöpfendes Gespräch. Hierbei sind die Herren der Verbandsverwaltung gegenüber den Gemeinden und den Landkreisen und, wo es notwendig war, auch gegenüber den Vertretern der Wirtschaft, nicht als Besserwisser aufgetreten, sondern vielmehr als Ratgeber in bestem Sinne. Herr Verbandsdirektor Prof. Dr. Halstenberg wird Ihnen das nachher in seinem Vortrag noch zu erläutern wissen.

Die Beratungen über den Gebietsentwicklungsplan und die hierzu vorgebrachten Einwendungen und Anregungen haben vor allen Dingen mit der Landesplanungskommission unter dem Vorsitz meines Kollegen Ziemer stattgefunden. Zwölf ganztätige Ortsbesichtigungen und neun ebenfalls ganztätige Sitzungen dieser

Kommission beschäftigten sich mit den Einwendungen und Anregungen. Diese Tätigkeit wickelte sich in einer ausgezeichneten Atmosphäre gegenseitigen Verständnisses ab. Noch einmal betone ich: Hier ging es nicht um Besserwisserei, sondern um Beratung aus der höheren Ebene, die die Region, in diesem Falle die des Ruhrgebietes, vermitteln kann. Ich weiß, daß das permanente Gespräch immer gut gewesen ist. Deshalb haben wir auch ein so überzeugendes Ergebnis großer Übereinstimmung festzustellen. Am Anfang der Beratungen über die vorgebrachten Einwendungen und Anregungen sah es durchaus nicht so erfolgversprechend aus. Umso mehr wird man ermessen können, welche Mühen hier aufgewendet worden sind, um ein so hohes Maß an Übereinstimmung zu erzielen.

Die aufgewendeten Mühen aber veranlassen mich, vor allen Dingen der Landesplanungskommission und der aus ihr und den Mitgliedern der Gemeindeplanungskommission gebildeten Verhandlungskommission meinen herzlichen Dank zu sagen. Dieser Dank richtet sich besonders an die jeweiligen beiden Vorsitzenden, die Herren Ziemer und Oberkreisdirektor Hübner. Ich danke aber auch an dieser Stelle der Verbandsverwaltung, an der Spitze Herrn Verbandsdirektor Professor Dr. Halstenberg, Herrn 1. Beigeordneten Dr. Froriep und Herrn Professor Dr. Umlauf, dem Vorgänger unseres jetzigen Verbandsdirektors in diesem Amt. In der Zwischenzeit, und das wissen wir und das haben wir gewürdigt, hat diese Arbeit sehr stark auf den Schultern von Herrn 1. Beigeordneten Dr. Froriep gelastet. Andere Herren, die sich in dieser Arbeit einen besonderen Namen gemacht haben, überlasse ich Herrn Verbandsdirektor in seinem Vortrag besonders herauszustellen.

Ich will nicht verschweigen, daß bei den Reisen, die ich mit Herrn Professor Dr. Halstenberg in den letzten Monaten unternommen habe, um ohne Tagesordnung Unterhaltungen mit den Herren Oberbürgermeistern und Oberstädt Direktoren einiger Städte des Reviers zu führen, u.a. die Frage beantwortet werden sollte, ob die Einwendungen und Anregungen zum Gebietsentwicklungsplan durch unsere Kommissionen in voller Harmonie mit den Einwendenden bearbeitet würden. Wir haben hierbei immer wieder

gefragt, ob noch etwas zurückgeblieben ist, von dem man meinen könnte, es müßte in diesen Gesprächen noch besonders behandelt werden. Mit Genugtuung durften wir jedoch feststellen, daß gewiß noch die eine oder die andere Frage im Rahmen der Gebiets- und Gemeindeplanung auszuleuchten wäre, im Grunde jedoch nichts übrig geblieben ist, was etwa hätte beanstandet werden müssen. Immerhin waren es doch weit über 400 Anregungen und Einwendungen, mit denen man sich beschäftigen mußte. Das Gespräch hierüber hat jedoch niemals aufgehört. Mir scheint, durch diese Haltung wird auch die moderne Lesart über den Begriff der Demokratie als Staatsform unterstrichen, die nicht mehr lautet nur "Volksherrschaft", sondern "Herrschaft unter Kontrolle des Volkes".

Nun darf ich aber nach diesen Bemerkungen das Wort an Herrn Verbandsdirektor Professor Dr. Halstenberg überleiten und ihn bitten, mit seinem Bericht zu beginnen.

Herr Vorsitzender, meine Herren!

Mit der Beratung des Gebietsentwicklungsplanes tun Sie einen bedeutenden Schritt:

Ein Markstein in der Tätigkeit des Siedlungsverbandes und mehr als dies, ein wegweisender Schritt für die Arbeitsmethode der Raumordnung, der Landesplanung und der Regionalplanung. Die Entscheidung, die Sie heute treffen, wird nicht nur lokal und regional Aufmerksamkeit finden. Seien Sie sicher, daß die Verabschiedung des GEP in der ganzen Bundesrepublik Beachtung finden und in der internationalen Fachwelt respektvoll vermerkt werden wird. Es ist, der Vorsitzende hat es bereits ausgeführt, der erste in einem förmlichen Verfahren aufgestellte verbindliche Regionalplan in unserem Lande, der erste auch in der Bundesrepublik. Es ist zugleich der erste von einer Selbstverwaltungskörperschaft erarbeitete Regionalplan. Zwar sind die Formen, die Methoden und die rechtliche Einkleidung, mit der Sie, meine Herren, heute diesen Regionalplan beschließen, das Werk unserer Zeit. Doch geschieht in der Sache nichts Neuartiges; sondern es ist eine zum Teil auch nur vorläufige und einstweilige Realisierung dessen, was an diesem Platze bereits vor 5 Jahrzehnten gefordert worden ist. Der Initiator des Siedlungsverbandes, sein erster Direktor Robert Schmidt, hat in seiner Denkschrift von 1912 einen "Generalsiedlungsplan" gefordert. Wie weit dieser Mann vorauszuschauen gewußt hat und wie nahe er solchen Erkenntnissen war, die sich heute erst auszubreiten beginnen, zeigt seine Vorstellung über den Inhalt und die Funktion des Generalsiedlungsplanes. Der Generalsiedlungsplan sollte unabhängig von Gemeindegrenzen für die Flächen für Wohnsiedlungen, für das Grün, für die Industrie und für den Verkehr bestimmen und sichern. Dieser Plan sollte die wirtschaftlichen, die sozialen, die ökonomischen und sozialpolitischen Aspekte berücksichtigen und den Lebensbedürfnissen der Bevölkerung entsprechen. Fehle ein solcher Plan, so warnt Robert Schmidt, dann tritt mit unerbittlichem Zwang unwirtschaftliche lebensfeindliche Unordnung ein, die nur mit ungeheuer großen Kosten und Energien würde geheilt werden können.

An solchen Generalsiedlungsplänen - zwischendurch hat sich das Vokabular mehrfach geändert - ist im Siedlungsverband kontinuierlich gearbeitet worden. Diese Pläne des Siedlungsverbandes haben wesentlich dazu beigetragen, die Siedlungsentwicklung im Revier positiv zu beeinflussen und vor allem das Reservoir an Grünflächen zu sichern, daß ohne Gesamtplanung und ohne die besonderen rechtlichen Hilfsmittel des Siedlungsverbandes niemals hätte erhalten werden können. Wir haben die Absicht, in einer größeren Arbeit zum 50. Jahrestag des Siedlungsverbandes die vom Verband erarbeiteten Pläne eingehend analysieren zu lassen und die Pläne in ihren historischen Stadien auch kartografisch zu reproduzieren und damit Ihnen sowie interessierten wissenschaftlichen Institutionen zugänglich zu machen.

Um den wichtigsten Unterschied zwischen jenen alten Plänen und demjenigen Plan darzustellen, der Ihnen heute zur Beschlussfassung vorliegt, ist Folgendes zu sagen: Dieses ist der erste Plan, der in einem förmlichen Verfahren erarbeitet, parlamentarisch beschlossen und von Rechts wegen mit weitgehender Außenwirkung und Bindungskraft ausgestattet ist. Die voraufgegangenen Pläne hatten demgegenüber nur den Charakter interner Arbeitsgrundlagen für vom Verband zu treffende Entscheidungen, so als Rahmen für die Verbandsverzeichnisse Grün- und Verkehr, so für die Verbandsfluchtlinien- und Bebauungspläne, so für die Begutachtung städtebaulicher Pläne der Gemeinden und später für die Bekanntgabe der Ziele der Landesplanung und schließlich für die finanzielle Förderungspolitik des Verbandes.

Versucht man zu würdigen, was diese Gesamtpläne und Einzelpläne und Maßnahmen des Verbandes im Vereine mit der ortskommunalen Planung geleistet haben, so können wir ein repräsentatives Urteil zitieren, das gerade in diesen Tagen zu unserer Kenntnis gelangt ist. Der Innenminister der amerikanischen Regierung hat am 9. Mai dem Präsidenten der Vereinigten Staaten einen Bericht vorgelegt, aus dem ich einige Sätze verlesen darf:

"Im Ruhrgebiet hat die Planung die Aufgabe, in einer über alles dominierenden und oft deprimierenden Fabrikatmosphäre lebensfördernde Verhältnisse herzustellen. Hier wurde", so schreibt der amerikanische Innenminister weiter, "Hervorragendes geleistet, nicht zuletzt dank der Entschlossenheit der Kommunalverwaltungen, die Planungsinitiative nicht aus der Hand zu geben. Das ist auch der Grund", schließt er seinen Bericht an dieser Stelle, "daß man im Ruhrgebiet umherreisen kann, ohne - sieht man von der Dunstglocke ab- recht wahrzunehmen, daß man sich im Herzen des größten deutschen Industriezentrums bewegt".

Bei der Vorbereitung des Ihnen zur Beratung vorliegenden Planes kamen dem Planungsatlas des Siedlungsverbandes und dem Referentenentwurf für ein regionales Entwicklungsprogramm besondere Bedeutung zu, die von meinem Amtsvorgänger, Herrn Prof. Dr. Umlauf initiiert, entscheidend gestaltet und 1960 bzw. 1961 Ihnen und der fachlichen Öffentlichkeit vorgelegt wurden. Um die Bearbeitung des Referentenentwurfs hat sich der damalige Leiter der Landesplanungsabteilung, Herr Bau- direktor Dr. Tietzsch besondere Verdienste erworben. Die voraussehbar schwierige Abstimmung des Gebietsentwicklungsplanes ist wirkungsvoll dadurch vorbereitet worden, daß der Referentenentwurf informell -von Verwaltung zu Verwaltung - zwischen dem Siedlungsverband und den Kommunalverwaltungen sowie den hauptsächlich beteiligten Planungsträgern erörtert wurde. Daraus haben sich wichtige Erkenntnisse in Hinsicht auf die Wünsche der Beteiligten ergeben, die soweit als möglich bei der Ausarbeitung des Verwaltungsentwurfes berücksichtigt wurden. Der Verwaltungsentwurf wurde am 28. 6. 1964 vom Verbandsausschuß als Grundlage für die Abstimmung mit den Gemeinden, Gemeindeverbänden und den offiziell zu beteiligenden Stellen gebilligt.

In dem darauf folgenden Mitwirkungsverfahren waren nach den Bestimmungen des Landesplanungsrechts 300 Körperschaften, Behörden und Dienststellen zu beteiligen. Trotz des damit verbundenen erheblichen Verwaltungsaufwandes hat sich

die Verwaltung entschlossen, weitere 50 Stellen zu hören, die darauf zwar keinen rechtlich gesicherten Anspruch haben, von denen aber anzunehmen war, daß sie in der Sache Wichtiges zum Gebietsentwicklungsplan beizutragen hatten oder daran in besonderer Weise interessiert waren: Es handelt sich insbesondere um Organisatinnen und Verbände der Wirtschaft, Verbände der Wasserwirtschaft und um die Vertretungen der Arbeitnehmer. Der große Kreis der zu beteiligenden Stellen macht deutlich, welche räumlichen, fachlichen und gegenständlich breiten Bezüge dieser Plan aufweist. Die in der Sache selbst beruhenden Probleme, in einem dynamischen Wirtschaftsraum einen Plan aufzustellen, der die Interessen aller Beteiligten ausgleichen und die räumliche Gesamtentwicklung ordnen und lenken soll, werden sichtbar an der großen Anzahl der unterschiedlichen Meinungen im konkreten Falle.

Solche Bedenken, Anregungen und Abänderungsvorschläge wurden dem Verband in nahezu 500 Fällen nahegebracht. Hier konnten die Lösungen nicht durch Entscheidung, sondern nur durch Verhandlung, durch Ausgleich der Interessen, durch Konzessionsbereitschaft ohne Preisgabe der Grundkonzeption gefunden werden. Von Februar 1965 bis März 1966 ist über die Anregungen und Bedenken verhandelt worden mit dem bemerkenswerten Ergebnis, daß in 462 Fällen - Sie finden sie in der Anlage zur Drucksache Nr. 49 - Einigung erzielt werden konnte. In die Erörterungen, die zunächst von der Verwaltung, insbesondere durch lfd. Baudirektor Herrn Dr. Gadegast als Leiter der Landesplanungsabteilung geführt wurden, sind die Landesplanungskommission und eine besondere Verhandlungskommission eingeschaltet worden, die wesentlich zur Ausräumung strittig gebliebener Fälle beigetragen haben.

Die 462 Anregungen und Bedenken, bei denen eine Einigung erzielt wurde, sind inzwischen vom Verbandsausschuß nach voraufgegangener Beratung in der Landesplanungskommission gebilligt worden. Da der Konzessionsbereitschaft dort Grenzen gesetzt sind, wo es um die Konzeption und um Grundsatz-

fragen geht, konnten 10 Abänderungsanträgen formell zu beteiligender und 3 Abänderungsanträgen nicht formell zu beteiligender Antragsteller nicht stattgegeben werden. Diese 13 Fälle sind in der Verbandsausschußsitzung am 22. 6. 1966 eingehend erörtert worden. Diese mit hohem Verantwortungsbewußtsein geführten Verhandlungen des Verbandsausschusses geben einen überzeugenden Beweis dafür, daß die kommunale Selbstverwaltung, gemeinsam mit den Kräften der Wirtschaft und der Arbeitnehmer, in der Lage ist, sich ein von lokalen Interessen freies, objektives und regional zu verantwortendes Urteil zu verschaffen. Das Ergebnis der Erörterungen im Verbandsausschuß ist Ihnen von der Verwaltung am 23. 6. 1966 schriftlich mitgeteilt worden. Nur in einem Punkte weicht das Votum des Verbandsausschusses von den vorausgegangenen Verhandlungen ab und zwar im Falle Bottrop, zu dem Sie den Vorschlag aus der Vorlage vom 23. 6. 1966 entnehmen mögen.

Was die Beratungsunterlagen anlangt, darf ich darauf hinweisen, daß außer der bereits vom Herrn Vorsitzenden zitierten Vorlage auch die Tischvorlage berücksichtigt werden möge, die einige technische Korrekturen zum Erläuterungsbericht enthält.

Mißt man die Zahl und das Gewicht der nicht beigelegten Anregungen und Bedenken an der Substanz des Planes und an der Zahl der einverständlich geordneten 462 Abänderungsanträge, so ist damit, wie es der Herr Vorsitzende sagte, zugleich der Beweis dafür erbracht, daß die im Siedlungsverband bewährte regionale Zusammenarbeit zwischen der kommunalen Selbstverwaltung, der Wirtschaft und den Arbeitnehmern eine neue Bewährungsprobe bestanden hat. Wenn ich hier noch einmal den Herren der Landesplanungskommission, der Verhandlungskommission und den Angehörigen der Landesplanungsabteilung unseren besonderen Dank ausspreche, dann lassen Sie mich auch bemerken, daß ich mit meinem Vortrage nur meine Amtspflicht wahrnehme - nur die letzten Verhandlungen fielen in meine Amtszeit. Die Hauptlast haben mein Amtsvorgänger, Herr Prof. Dr. Umlauf, Herr 1. Beig. Dr. Froriep und Herr Ltd. Baudirektor Dr. Gadegast getragen.

Über die nicht ausgeräumten förmlichen Abänderungsvorschläge wird die Landesplanungsbehörde im Genehmigungsverfahren entscheiden. Über die nicht ausgeräumten Bedenken nicht formell Beteiligter (Anlage 2 zur Vorlage Nr. 49) entscheidet die Verbandsversammlung abschließend. In diesen 3 Fällen ist für eine hoheitliche Entscheidung der Landesplanungsbehörde kein Raum. Das soll nicht heißen, daß wir nicht über diese Fälle auf Anregung der Landesplanungsbehörde zu weiteren Verhandlungen bereit seien.

In Verhandlungen mit dem Bauministerium konnten wir Übereinstimmung auch in formalen Fragen des Gebietsentwicklungsplanes erzielen. Hier waren nämlich durch die zeitlich nach der Erarbeitung unseres Planentwurfs erlassene 3. Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz Fragen aufgetreten, in denen man unterschiedlicher Meinung sein kann, in denen aber das Bauministerium seine Bereitschaft bekundet hat, unserer Auffassung zu folgen.

Gestatten Sie mir nun noch einige Worte zum Inhalt des Gebietsentwicklungsplanes. Den roten Faden durch den Plan aufzuzeigen, ist die Aufgabe des nicht ohne Grund umfangreichen Erläuterungsberichtes. Die in dem Gebietsentwicklungsplan zum Ausdruck kommende Grundkonzeption für die räumliche Entwicklung des Ruhrgebietes folgt den im Landesentwicklungsprogramm und in den Bundesraumordnungsgrundsätzen niedergelegten Prinzipien. Danach ist eine gesunde Verdichtung zu fördern und die Gesundung in den Gebieten geboten, in denen eine gesunde Wirtschafts- und Siedlungsstruktur nicht vorliegt. Mit diesen beiden raumordnungspolitischen Grundsatznormen - das verdient anerkannt zu werden - ist die Idiologie der Entballung endgültig aufgegeben. Wir hätten ohnedies keine Veranlassung gehabt, ihr zu folgen. Von der räumlichen Aufnahmefähigkeit und von der wirtschaftlichen Entwicklung her und in Ansehung der freizuhaltenden Grünflächen geht der GEP davon aus, daß im Revier 8 Mill. Menschen gesund wohnen und ökonomisch arbeiten können. Das soll nicht so verstanden werden, als sei die Aufnahme von 8 Mill. Menschen das rasch und forciert anzustrebende Ziel. Doch

muß eine solche Entwicklung, die im langen Zeitraum gesehen durchaus realistisch ist, räumlich offengehalten werden. Das gilt auch für alle Entscheidungen, die jetzt nahe bevorstehen und bei denen die Anlegung eines kurzfristigen Maßstabes vielleicht zu einer anderen Beurteilung führen könnte als die langfristige Beurteilung, die den GEP trägt.

Dem Gebietsentwicklungsplan müssen sich kraft Gesetzes die Gemeinden in ihrer Bauleitplanung anpassen. Nach diesem von der Selbstverwaltung beschlossenen Plan - als einer Richtlinie - sollen sich auch alle landes- und bundesbehördlichen Entscheidungen richten, soweit sie Raum in Anspruch nehmen oder den Raum beeinflussen. Der Gebietsentwicklungsplan wird auch eine wichtige Grundlage für die Strukturpolitik abgeben.

Der Herr Ministerpräsident hat nach Pressemeldungen, die uns heute morgen zugänglich geworden sind, empfohlen, der Siedlungsverband möge prüfen, ob durch Freigabe von Grünflächen neue Gebiete zur Industrieansiedlung erschlossen werden und gegenwärtig im Bergbaubesitz befindliche Grundstücke in Grünflächen umgewidmet werden könnten. Dieser Gedanke liegt nahe; er ist in Einzelfällen realisierbar und im vorliegenden GEP in einigen Fällen auch verwirklicht. In einer nicht geringen Anzahl von Fällen sieht der GEP solche Flächen für die industrielle Besiedlung vor, die nach früheren Vorstellungen für das regionale Grünsystem vorgesehen waren. Allen begründeten Anträgen der Gemeinden auf Darstellung ausreichender Industrieflächen ist entsprochen worden. Aus den Verhandlungen mit den Gemeinden ergibt sich, daß deren Industrieflächenbedürfnisse, was die planerische Flächenausweisung anlangt, befriedigt sind. Eine eingehende Analyse des Verbandes weist nach, daß, auch langfristig gesehen, regional ein ausreichendes Industrieflächenangebot vorhanden ist, soweit es sich um die planerische Ausweisung handelt. Auf einem anderen Blatte steht die Frage der privatrechtlichen Disposition über diese Flächen.

Im Zusammenhang mit den Anregungen des Herrn Ministerpräsidenten sei noch das Folgende bemerkt:

Nach der Legende des Gebietsentwicklungsplanes geben die Bereichsdarstellungen nur deren ungefähre Lage und Größenordnung wieder. Es sind nicht kartographisch exakte Festlegungen. Das bedeutet, daß in den Grenzräumen im Wege der Auslegung Konkretisierungen zugunsten von Industrieflächen oder auch zugunsten von Grünflächen zulässig und möglich sind. Im Erläuterungsbericht auf Seite 77 ist als ein Auslegungsgrundsatz für den GEP festgestellt, daß in Fällen nachgewiesener strukturpolitischer Notwendigkeiten weitere Industrieflächen freigegeben werden. Und schließlich sind Änderungen des GEP, um gewandelten Bedürfnissen zu entsprechen, jederzeit auch kurzfristig möglich. Mit solchen Änderungen dieses Planes werden Sie wiederholt befaßt werden.

Ich halte es für denkbar, daß der Herr Ministerpräsident mit dem jüngsten Inhalt unseres Planwerkes nicht vertraut ist. Zwar haben wir die Landesregierung auch auf dem Wege über den Herrn Sonderbeauftragten des Herrn Ministerpräsidenten laufend unterrichtet; doch dürfte es geboten sein, die Verständigung mit der Landesregierung noch weiter zu intensivieren und glaubhaft zu machen, daß der Siedlungsverband sich einer aktiven Strukturpolitik keinesfalls in den Weg stellen, vielmehr das Seine zur Durchführung einer solchen Politik beitragen wird.

Der Gebietsentwicklungsplan, meine Herren, ist ein Bekenntnis zum Revier. Die Verabschiedung dieses Planes gibt unserer Überzeugung Ausdruck, daß das Revier eine Zukunft hat, die Entwicklung und nicht Stagnation heißt. Mag zur Stunde der Eindruck überwiegen, daß wir auf ein Tal zuschreiten; aber wir haben die Zuversicht, daß gemeinsame Sorge die Kräfte im Revier über Gemeinde- und politische Grenzen hinaus sammeln und stärken wird und daß schließlich - mag es dazu auch noch mancher weiteren Klage bedürfen - die staatlichen Institutionen dem Revier die Stützung nicht versagen werden, deren wir bedürfen, die wir zu fordern aber auch legitimiert sind, weil wir das Äußerste unter Anspannung unserer Kräfte zu tun bereit sind.

Im Anschluß an diesen Bericht des Verbandsdirektors gaben die Sprecher der Fraktionen bzw. Gruppen der Verbandsversammlung folgende Erklärungen ab:

Steinhörster - Sprecher der SPD-Fraktion -:

Herr Vorsitzender! Meine Herren! Gestatten Sie mir als einem langjährigen Mitglied der Verbandsversammlung und des Verbandsausschusses, aber auch als dem Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion der Verbandsversammlung einige Bemerkungen zu machen. Mit dem vorliegenden GEP verfügt das Ruhrgebiet über eine langfristige Ordnungsvorstellung für seine zukünftige Entwicklung. In dieser Zeit raschen sich beschleunigenden Wandels vor allem in der Wirtschaftsstruktur unseres Verbandsgebietes ist eine solche Gesamtkonzeption unerlässlich. Für die so dringlichen Maßnahmen zur Strukturverbesserung und Industrieansiedlung schafft dieser GEP - so meinen wir - die planerische Voraussetzung. Unmißverständlich bekennt sich darin das Revier zu seiner weiteren industriellen Zukunft. Die Entwicklungschancen, die dieser Raum bietet, sind in diesem Plan konsequent genutzt. Die Möglichkeiten ihrer Verbesserungen sind Bestandteil der Planung und damit verfügt das Ruhrgebiet gleichzeitig über ein umfassendes Strukturprogramm, in dem die räumlichen Voraussetzungen für eine gedeihliche Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft, des Verkehrs, der Wasserwirtschaft, der Abfallbeseitigung, der Land- und Forstwirtschaft und der Siedlungen wohl abgewogen dargestellt sind. Zur Strukturverbesserung im Revier leistet dieser GEP einen großen Beitrag. Die politische Bedeutung aber dieses Planes, dieses GEP, sehe ich vor allem in der Tatsache, daß er von allen Gemeinden unseres Verbandsgebietes getragen wird. Die Gemeinden dieses Reviers legen damit ein Bekanntnis zur Gemeinsamkeit ab, das von ihnen sicherlich auch Opfer verlangt hat und möglicherweise in der Zukunft noch Opfer fordern wird. Aber dafür gebührt den Gemeinden gerade in der gegenwärtigen Situation unserer besonderer Dank. Nachdem bis auf einen geringfügigen Rest - darüber hat der Herr Verbandsdirektor gesprochen - alle Bedenken und Anregungen

zu dem Entwurf im gegenseitigen Einverständnis erledigt werden konnten, ist dieser Plan der von allen Gemeinden des Reviers gemeinsam und einhellig bekundete Wille zur Gestaltung ihrer Zukunft. An dieser Demonstration der Einheit und Lebenskraft des Verbandsgebietes vermögen auch die wenigen und nicht ausgeräumten Bedenken und Anregungen, denen wir nicht stattgeben konnten, nichts zu schmälern.

Dieses Ergebnis, meine Herren, ist aber nicht zuletzt auch ein Erfolg der mühevollen und zeitraubenden Arbeiten der Vorsitzenden und der Mitglieder - ich möchte das noch einmal ganz besonders betonen - der Landesplanungskommission, der Verbands- und Gemeindeplanungskommission und der Verhandlungskommission, die in der letzten Phase besonders stark tätig geworden ist, sowie den Angehörigen der Verwaltung des Verbandes. Ich bin ausdrücklich beauftragt, allen diesen Organisationen und den Herren der Verwaltung den besonderen Dank meiner Fraktion auszusprechen. Ich hoffe, daß der vorliegende Gebietsentwicklungsplan mit der Beharrlichkeit und dem Elan, mit dem er erarbeitet und aufgestellt wurde, auch verwirklicht wird zum Wohle des Ruhrgebietes und seiner Bürger.

Haniel - Arbeitgebergruppe -:

Herr Vorsitzender! Meine Herren!

In dem Entwicklungsplan, den wir heute verabschieden wollen, bewährt sich — und das muß man ja heute leider ausdrücklich betonen — die Organisation des Siedlungsverbandes als eine Körperschaft, in der alle gestaltenden Kräfte des Reviers zusammenarbeiten. Nach dem Gesetz sind die Verbände der Wirtschaft an der Erarbeitung des GEP unmittelbar an sich nicht beteiligt. Die Verbände der Wirtschaft und auch die Unternehmen sind aber gern und bereitwillig der dankenswerter Weise an sie ergangenen Aufforderung des Verbandes zur Mitwirkung bei der Erarbeitung dieses Planes gefolgt. Sie glauben, daß ihre aus der Praxis geborenen Gedanken und Anregungen etwas zur Qualität dieses Gebietsentwicklungsplanes beigetragen haben. Die Wirtschaft, meine Herren, trägt diesen Plan mit. Sie kann das umso mehr tun, als es sich bei diesem GEP nicht um ein starres Planwerk handelt. Mehrfach bringt der Text zum Ausdruck, daß die miteinander konkurrierenden Raumanprüche zum Ausgleich gebracht werden, um den wirtschaftsstrukturellen Erfordernissen Rechnung zu tragen. In unserer von schnellen Entwicklungen gekennzeichneten Zeit sind

1. ein festes Programm und
2. auf dieser Grundlage rasche Entscheidungen zur Anpassung notwendig, wenn man seine Stellung behaupten will.

Dieser GEP gibt in seinen grundlegenden Festsetzungen und seiner Elastizität beides. Das gilt auch für die anderweitige Verwendung der Grundstücke stillgelegter und noch stillzulegender Zechen. Der Plan gibt mit seinen Darstellungen den ausdehnungs- und ansiedlungswilligen Unternehmen die wünschenswerte Klarheit über die räumlichen Möglichkeiten. Es ist damit eine wertvolle Entscheidungshilfe für alle Standortfragen. Ganz besonders erfreut bin ich darüber, daß bei der Erweiterung dieses Planes auch jahrelange Ungewißheit über die Ausdehnung und Erweiterungsmöglichkeiten einiger im Revier ansässigen Großunternehmen beseitigt wurden. Konstruktive Lösungen sind gefunden worden, die von den Werken und den betreffenden Gemeinden akzeptiert werden konnten. Damit ist der Weg frei für eine Neuentwicklung an alten Standorten. Ich erinnere nur an den Fall des Bochumer Vereins. Mit der Zustimmung der Vertreter der

Wirtschaft zu diesem Plan verbindet sich der Wunsch, auch für die Zukunft ohne jede Einseitigkeit und Starrheit die Lösung der regionalen Aufgaben im Revier zu betreiben; denn Ruhrbevölkerung und Ruhrwirtschaft bilden zusammen das Revier.

Meine Herren, gestatten Sie mir nach diesem etwas offiziellen Text noch 3 persönliche Bemerkungen:

Der Gebietsentwicklungsplan muß für uns ein Leitfaden sein; er darf aber nie zu einem Strick werden, durch den viele neue Gedanken zu Fall gebracht werden können.

Zweitens bin ich der Überzeugung, daß der Ruhrsiedlungsverband das geeigneteste Gremium ist, um die Vielseitigkeit der Interessen unter einen Hut zu bringen. Von unseren Frauen wissen wir alle, daß sich auch die Hutmode ab und zu ändert und daß wir deshalb auch die Hüte den Entwicklungen anpassen müssen und

drittens, meine Herren, Sie wissen es alle und als Bergmann und Stahlmann darf ich das nun ganz besonders unterstreichen, gehen wir schweren Zeiten entgegen und das gilt ganz besonders für die Ruhr. Wenn wir uns da nicht in dieser Form des gegenseitigen Verstehens den neuen Entwicklungen anpassen, ist es schlecht um die Ruhr bestellt.

Ich möchte zum Schluß all denjenigen danken, die bei diesem Plan zum gegenseitigen Verstehen beigetragen haben. Glückauf!

Eikholt - Sprecher der CDU-Fraktion -:

Herr Vorsitzender! Meine Herren! Ich darf im Namen der CDU-Fraktion einige Ausführungen zu dem uns vorliegenden Gebietsentwicklungsplan machen. Der Ruhrsiedlungsverband erfüllt mit diesem Plan eine Aufgabe, die ihm das Landesplanungsgesetz gestellt hat. Wenn wir daran denken, daß seit Übergabe des Entwurfs erst 2 Jahre vergangen sind und wir schon durch alle Verhandlungen hindurch sind - Sie haben die Zahl gehört: 462 Bedenken und Anregungen und Vorschläge, 350 Beteiligte -, dann darf ich an dieser Stelle einmal ganz offen sagen, daß wir als Glieder der Selbstverwaltung ein bißchen stolz darauf sind, daß es uns möglich war, auch alle bürokratischen Angelegenheiten in diesem relativ kurzen Zeitraum zu erledigen zum Wohle unseres Gebietes. Daß sich nach dem GEP - ich will ihn mal Rahmenplan nennen - die Entwicklung der Struktur des Verbandsgebietes und auch die Nutzung des Bodens richten soll, ist klar. Damit aber kein falscher Zungenschlag nach außen dringt, möchte ich doch einmal das Gegenteil von dem unterstreichen, was meine Herren Vorredner bisher gesagt haben: Selbstverständlich haben wir die nötige Beweglichkeit. Es kann auch im Einzelfall möglich sein, daß man eine bisherige Industriefläche umwidmet, sie zu einer Grünfläche macht und dafür Grüngebiet umbildet zu einer Industriefläche; einer meiner Herren Vorredner hat das Beispiel des Bochumer Vereins, das uns ja bekannt ist, schon erwähnt. Bei diesen Umwidmungen jedoch stehen wir später vor der Situation, daß in einigen das bekannte Lied aufklingt: O hl. St. Florian - ich denke da an Bergschäden u.a. Dinge, daß wir also ein menschliches Verständnis und teilweise auch eine wirtschaftlich zu vertretende Haltung abwägen müssen gegenüber der Tatsache, daß auch die Wirtschaft in unserem Gebiet nicht existieren kann, wenn wir für den Menschen nicht Verhältnisse schaffen, die, wie man heute modern sagt, auch den Freizeitwert des Ruhrgebietes entsprechend gestalten. Wir werden oft dargestellt als solche Menschen, die mit aller Gewalt irgendwelchen wirtschaftlichen Dingen oder gemeindlichen Wünschen gegenüber, die oft sehr stark egozentrisch sind, hart bleiben. Das tun wir ja nicht, weil wir "böse Leute" sind - ich habe festgestellt, daß in allen Verbandsorganen die Qualität, auch bei denen, die mitarbeiten, an erster Stelle steht - sondern

wir tun das ja nur, um das Ziel, das man 1920 mit der Gründung des Siedlungsverbandes angestrebt hat, auch durchgeführt wird, nämlich den Menschen zu helfen; und wenn wir den Menschen helfen, helfen wir im gleichen Maße natürlich auch der Wirtschaft. Daß wir hier ein Gebiet haben, das auch für Neuansiedlungen attraktiv ist, brauche ich nicht zu wiederholen, da renne ich bei Ihnen nur offene Türen ein. Ich darf darum abschließend sagen: Wir danken all denen, die bei dieser Arbeit mitgeholfen haben, das sind alle Beteiligten, das sind aber auch unsere Kollegen, die sich in harter Kleinarbeit in zahlreichen Ausschußsitzungen, Ortsbesichtigungen und Diskussionen der einzelnen Fragen angenommen haben. Wir danken auch der Verwaltung und dabei darf ich mir erlauben, das, was der Herr Vorsitzende angedeutet hat, wieder aufzugreifen, auch dem früheren Verbanddirektor Prof. Dr. Umlauf. Es scheint so, daß der Siedlungsverband eine attraktive Angelegenheit ist, auch für Professoren - ein gutes Zeichen. Meine Herren, der Siedlungsverband hat mit der Aufstellung des Gebietseentwicklungsplanes - so möchte ich sagen - eines seiner hervorragendsten Selbstverwaltungsaufgaben erledigt. Wir wünschen zu seiner Verwirklichung ein herzliches Glückauf! Die Genehmigung wird ja nicht lange auf sich warten lassen, nachdem man sich mit dem Ministerium abgestimmt hat. Ich darf schließen mit einem Gruß oder einem Schlachtruf, der in einer typischen Revierstadt üblich ist, in einer früheren alten Reichs- und Hansestadt, meiner Vaterstadt Dortmund: Ich wünsche dem Ruhrgebiet so etwas ähnliches wie "Soa, fast as Dörpm".

Gottmann - Arbeitnehmergruppe -:

Herr Vorsitzender! Meine Herren!

Erlauben Sie mir bitte, zuerst die Feststellung des Herrn Vorsitzenden und des Herrn Verbandsdirektor zu unterstreichen, daß die bevorstehende Aufstellung des Gebietsentwicklungsplanes von großer Bedeutung ist. Das ist unter vielerlei Aspekten, meine Herren, eine bedeutende Angelegenheit, und zwar sowohl unter Beachtung der Wohnungs-, Arbeits- und Freizeitbedürfnisse der Bevölkerung des Verbandsgebietes, als auch unter den Aspekten - und hier spreche ich insbesondere die Interessen der Wirtschaft an - der Entwicklung des Binnen- und Außenmarktes. Herr Prof. Dr. Halstenberg hat kürzlich in einem Gespräch mit dem Informationsdienst Ruhr darauf hingewiesen, daß bei der Konzipierung des Entwicklungsplanes die Daten, die unter den Aspekten des gemeinsamen europäischen Marktes auf die Strukturpolitik und auf die Wirtschaft des Verbandsgebietes zukommen, mit in den Entwurf einbezogen worden sind. Er ist also konzipiert worden nicht nur unter den Aspekten der Region und nicht nur unter den Aspekten des Landes Nordrhein-Westfalen sondern auch unter den Aspekten des gemeinsamen Marktes und in Erwartung - so möchte ich noch ergänzen - einer Intensivierung des Weltmarktes. Die Anpassung der Wirtschaft, meine Herren, an die jeweilige Marktlage erfordert ein optimales Wirtschaftsgefüge. Nun ist der Wirtschaftskörper in unserem Verbandsgebiet, ich möchte sagen, außerordentlich rissig und wir werden - Herr Haniel hat ja vorhin darauf hingewiesen - künftig wahrscheinlich noch einschneidendere Zäsuren sowohl auf der Branchenebene als auch auf der Unternehmensebene zu erwarten haben. Neben den unternehmerischen Aktionen sind mittelbar und unmittelbar öffentliche Hilfen erforderlich, um die Wettbewerbskraft der Wirtschaft unseres Verbandsgebietes und das Wachstum zu sichern, und diese Aufgaben, meine Herren, erlauben keinen Aufschub, denn eine unzulängliche Wirtschaftsstruktur gefährdet das Wirtschaftswachstum und gefährdet die wirtschaftliche Stabilität. Ich sage das im Hinblick auf die gesetzgeberischen Absichten der Bundesregierung. Es ist ja bekannt, daß das Bundeskabinett ein Gesetz zur Stabilisierung der Konjunktur verabschiedet und der Bundestag diesem Gesetz auch zugestimmt hat.

Ich möchte hoffen und wünschen, daß der Gesetzgeber bei seinem Versuch, die wirtschaftliche Stabilität mit Hilfe dieses Gesetzes zu sichern, die speziellen Bedürfnisse und die Priorität der Strukturpolitik beachtet. Die Arbeitnehmer stellen sich der Automation und dem technischen Fortschritt nicht entgegen. Das bedeutet allerdings - da gibt es keine Illusion bei den Gewerkschaften, der Interessenvertretung der Arbeitnehmer - eine noch stärkere Verdrängung von Arbeit durch Kapital, und es ist angesichts des zu erwartenden geringeren wirtschaftlichen Wachstums zu befürchten, daß eine Wiedereingliederung frei gesetzter Arbeitskräfte sich nicht mehr in dem Maße und nicht mehr so reibungslos vollziehen wird wie in den vergangenen Jahren, als wir ein wirtschaftliches Wachstum von real 7, 8, 9 ja 12 % hatten. Das ist keine Schwarzweißmalerei sondern ich glaube, es ist eine sehr realistische Betrachtungsweise. Deshalb muß die Schaffung von Ausgleichsarbeitsplätzen eine vordringliche Aufgabe der neuen Landesregierung sein. Das ist also jetzt nicht bezogen auf den 10. 7., sondern bezogen auf die Zeit nach den Landtagswahlen. Diese Ausgleichsarbeitsplätze müssen dem Bevölkerungsgefüge und den Arbeitsmarktverhältnissen entsprechen. Es ist ja bekannt, daß der Anteil der sogenannten alten Industrien am gesamten Wirtschaftskörper des Reviers über 30 % beträgt im Gegensatz zu einem Anteil gegenüber von 10 % im Bundesgebiet. Hier haben wir die größten Sorgen hinsichtlich struktureller Veränderung. Wir wünschen uns deshalb alle mehr Wachstumsindustrie im Revier. Das bedeutet aber - ich darf mich wieder beziehen auf die Situation des Arbeitsmarktes - häufig große Schwierigkeiten bei der Wiedereingliederung älterer Berg- und Stahlarbeiter. Wir sollten aus diesem Grunde, meine Herren, der beruflichen Qualifizierung und Umschulung im Interesse einer größeren Mobilität der älteren Arbeitnehmer im Revier besondere Aufmerksamkeit widmen.

Eine entscheidende Voraussetzung für die Schaffung von Ausgleichsarbeitsplätzen sind bestmögliche Bedingungen auf den Gebieten des Transports und des öffentlichen Nahverkehrs, des Wohnungswesens, der Bildung und der Erholung, alles das, was wir unter der Vokabel Infrastruktur verstehen. Sie zu modernisieren und im Hinblick auf die Zukunftsaufgaben des Reviers zu

gestalten, ist eine entscheidende Voraussetzung für eine industrielle Strukturverbesserung. Nun ist es heute allgemeine Erkenntnisse, daß Wohn- und Freizeitwert einer Region immer stärker konkurrieren mit den alten Standortfaktoren. In diesem Zusammenhang erlauben Sie mir einen Hinweis auf eine Untersuchung einer Sachverständigenkommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die in diesen Tagen veröffentlicht worden ist. Diese EWG-Sachverständigengruppe hat sich mit dem wirtschaftlichen Einfluß der Energiepreise befaßt und festgestellt, daß der Energiepreis an Einfluß auf die Standortwahl verloren hat, weil andere Standortfaktoren wie Baugeländereserven und Infrastrukturmerkmale - und hier möchte ich jetzt insbesondere die Erholungsbedürfnisse der Bevölkerung erwähnen - immer wichtiger geworden, relativ wichtiger geworden sind gegenüber den alten Standortfaktoren.

Ich möchte besonders unterstreichen, was der Verbandsdirektor und auch Herr Eikholt ausgeführt haben, daß unsere Politik beim SVR bisher immer flexibel gewesen ist und wir uns der jeweiligen Situation immer angepaßt haben. Das Revier zu ordnen, den Siedlungsbrei, den unförmigen Siedlungsbrei in organischer Weise durch regionale Züge zu trennen und nicht den Siedlungsbrei zu verdichten und zu vermehren, ist unsere Aufgabe.

Ich möchte noch eine kritische Bemerkung machen, die das Verhältnis zur Planung, der regionalen Planung zu der Strukturpolitik betrifft. Ich möchte sagen und ich tue es unbefangen, daß die regionale Strukturpolitik eingebettet sein muß in den Gebietsentwicklungsplan. Nun wird aber der Gebietsentwicklungsplan dieser Aufgabe der Strukturpolitik zu dienen, nur dann gerecht werden können, wenn eine Finanzreform zustande kommt und hier insbesondere eine Gemeindefinanzreform, welche die Kärntner nicht mehr und leider beinahe zwangsläufig fasziniert auf das Gewerbesteueraufkommen blicken läßt. Unsere derzeitige Finanzverfassung, meine Herren, stellt unsere regionalen Raumordnungsgrundsätze im Falle von Industrieansiedlungswünschen häufig in Frage. Wir haben das auch bei der letzten Diskussion im Verbandsausschuß bei der Erwägung einiger offener Fragen erlebt und ich möchte betonen, daß unsere Bemühungen gefährdet sind, die Landesstruktur zu verbessern, wenn sich die Finanzreform verzögert.

Die Arbeitnehmer in der Verbandsversammlung erwarten vom Landtag und der Landesregierung - und das ist auch wieder bezogen auf die Zeit nach der Landtagswahl - daß sie Bedingungen schaffen, die eine bestmögliche Akkordierung, ein bestmögliches Zusammenspiel der öffentlichen und privaten Initiativen und Maßnahmen erlauben. Wir haben leider in der Arbeitnehmergruppe den Eindruck - und es scheint auch der allgemeine Eindruck zu sein - daß angesichts der Vielfalt öffentlicher und privater Zuständigkeiten und Organisation zunächst auf diesem Felde der öffentlichen und privaten Zuständigkeiten eine Strukturverbesserung die dringlichste Aufgabe ist. Mit Befriedigung und übereinstimmend mit meinen Kollegen der Arbeitnehmergruppe der Verbandsversammlung möchte ich bemerken - und ich schließe mich hier gern den Feststellungen des Herrn Vorsitzenden, den Feststellungen des Herrn Verbandsdirektors und den Feststellungen meiner Herren Kollegen im Verbandsausschuß an - daß sich bei der Erarbeitung des Entwurfs des Gebietsentwicklungsplanes die Selbstverwaltung bewährt hat. Der Gebietsentwicklungsplan ist die Summe, tatsächlich die Summe einer Vielzahl von Aktivitäten der Bürger des Verbandsgebietes. Er ist der Ausdruck lebendiger Demokratie und wir hoffen und wünschen in der Arbeitnehmergruppe, daß auch künftig Regionalplanung und Strukturpolitik Gemeinschaftsaufgaben der kommunalen Gebietskörperschaften, der Unternehmer und Arbeitnehmer - und nun unterstreiche ich erneut - in institutioneller Gestalt sind. Die bisherige Arbeit des Siedlungsverbandes hat bewiesen, daß diese Einrichtung bestens geeignet ist - Herr Haniel hat es schon ausgeführt - die vielfältigen Interessen zu harmonisieren zum Wohle aller Bürger. Meine Herren, ich darf letztlich im Namen meiner Kollegen der Arbeitnehmergruppe der Verwaltung, den Herren der Verwaltung, die die Last der Arbeit getragen haben, herzlich Dank sagen.

Im Laufe der sich daran anschließenden Beratung, an der sich der Vorsitzende, der Verbandsdirektor sowie die Mitglieder Deubel, Eikholt, Fiedler, Scheve und Dr. Hillmann beteiligten, ging es im wesentlichen um Fragen einer allgemeinen Finanzreform und der Grünflächenverwendung für Industrie- und Gewerbeansiedlungen. Außerdem bat Herr Stadtdirektor Dr. Hillmann darum, der Witwe des früheren Verbandsdirektors Prof. Dr. Rappaport, Herrn Prof. Dr.-Ing. Umlauf, Herrn Verbandsdirektor a. D. Kegel, an Frau Ww. Hanstedt je ein Stück des Gebietsentwicklungsplanes zu übersenden.

Die Verbandsversammlung faßte nach dieser Beratung einstimmig folgenden Beschluß:

Die Verbandsversammlung stellt auf Empfehlung des Verbandsausschusses und nach Prüfung der Bedenken und Anregungen den Gebietsentwicklungsplan in der hierzu gehörenden Fassung gem. § 16 Abs. 2 LaplaG auf.

V) Bauleitplanung

Gewerbegebiet im Norden der Stadt Kettwig

Auf Antrag von Herrn Prof. Dr. Bonczek, gestellt während der Beratung über die Aufstellung des Gebietsentwicklungsplanes, faßte die Verbandsversammlung bei 7 Stimmenthaltungen folgenden Beschluß:

Der Verbandsausschuß wird ersucht

- a) für die Grünflächen, die das vorgesehene Gewerbegebiet (im GEP dargestellte Fläche im Norden der Stadt Kettwig) umgeben, einen Bebauungsplan aufzustellen, um damit den Charakter der Landschaft zu erhalten und den Erholungsbedürfnissen der Bevölkerung zu entsprechen,
- b) dem von der Stadt Kettwig zu erarbeitenden Bebauungsplan für die gewerblich zu nutzende Fläche nur dann die Zustimmung zu erteilen, wenn eine der Landschaft angepaßte Bebauung vorgesehen, hohe Baumassen ausgeschlossen werden und ausreichende Vorkehrungen gegen Luftverunreinigungen und Lärmbelastigungen getroffen sind,
- c) über die Entlassung aus dem Verzeichnis zu entscheiden, sobald der Bebauungsplan zu b) vorliegt.

VI) Verschiedenes

Zu diesem Punkt der Tagesordnung lag nichts vor.

Die Sitzung wurde vom Vorsitzenden um 17 Uhr geschlossen.

Der Vorsitzende:
gez. Katzor
Bürgermeister

Der Schriftführer:
gez. Frischmann
Oberamtmann